

Tel.: + 43 (0) 316 - 872 2151 Fax: + 43 (0) 316 - 872 2159 E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 16. Dezember 2021

Antrag

Förderung für Amateurvereine im Grazer Eissport!

Nicht nur coronabedingt sind kleinere Grazer Amateurvereine im Eissport in Bedrängnis. In Kombination mit fehlenden leistbaren Eiszeiten in den von der Stadt Graz angebotenen Eisflächen der Eishallen A und B bringen sie nun auch noch fehlende Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen an den Rand ihrer Möglichkeiten.

Seit Jahren entwickelte sich eine regelrechte Zweiklassengesellschaft zwischen großen und kleinen Vereinen, wobei die Großen klar im Vorteil sind.

Vergleicht man die Tarifgestaltung der Eiszeiten mit anderen österreichischen Städten, liegt Graz im negativen Spitzenfeld. So schlägt eine Eisstunde in Graz mit 254 Euro zu Buche, in Weiz hingegen mit nur 112 und in Klagenfurt mit 110. Kleinere Vereine sind deshalb oft zum mühsamen Ausweichen in andere, leistbaren Sportstätten veranlasst.

Ein Vergleich der letzten zwölf Jahre zeigt auch einen Preisanstieg von nahezu 89 Prozent in der Zeit von 2010 bis 2022. Das zeigt, wie wichtig eine Adaptierung der bestehenden Tarifsysteme und Eiszeiten wäre.

Darum stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden Antrag:

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht,

- 1. bald einen Grazer Eissportgipfel einzuberufen, in dem alle Grazer Eisportvereine Gehör finden sollen,
- 2. das bestehende Tarifsystem zu evaluieren mit dem Ziel, es für kleinere Eisvereine zu attraktivieren,
- die bestehenden Eiszeiten zu evaluieren und gerecht sowie den Bedürfnissen der kleineren Vereine entsprechend anzupassen, sowie
- 4. dem Grazer Gemeinderat ist bis spätestens März 2022 einen Zwischenbericht vorzulegen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 - 872 2150 + 43 (0) 316 - 872 2151

+ 43 (0) 316 - 872 2152 + 43 (0) 316 - 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 - 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 16. Dezember 2021

Antrag

Betrifft: Weihnachts- & Ostermärkte im Schloss Eggenberg

Mit der einzigartigen Veranstaltung "Klanglicht" im Areal des Weltkulturerbes Schloss Eggenberg, wo international renommierte Künstler:Innen große Menschenmassen begeistern konnten, wurde das Schloss regelrecht aus seinem Dornröschenschlaf wachgeküsst.

Sehr viele Besucher:Innen waren vom historischen Ambiente derart angetan und begeistert, dass sie sich die Frage stellten, wieso nicht öfter Veranstaltungen dieser Art dort stattfinden. So würden sich etwa viele Menschen zur Weihnachts- beziehungsweise Osterzeit Märkte wünschen, wie es sie auch zum Beispiel in Wien im Schloss Schönbrunn gibt. Verbunden mit steirischer Ausstellungsthematik und mit Auftritten von heimischen volkstümlichen Künstler:Innen würde sich das Schloss auch seinem Zeitgeist entsprechend präsentieren können.

Auch touristisch gesehen wäre das ein weiterer Anziehungspunkt und Highlight zur Weihnachtsund Osterzeit.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, zu evaluieren ob, wie im Motivenbericht beschrieben, zur Weihnachts- und Osterzeit Märkte veranstaltet werden können.



GR Marion KREINER

16.09.2021

ANTRAG

Betreff: Ausbau der BIKOs – Der Lehre die Türe öffnen

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Selbst in Zeiten der Krise waren gut ausgebildete Fachkräfte gefragt und sie sind der Garant für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Das Sprichwort, welches besagt. dass Handwerk goldenen Boden habe, hat an Aktualität nichts eingebüßt und kann, um gänzlich auf der Höhe der Zeit zu sein, einer begrifflichen Weiterentwicklung unterzogen werden. Die Lehre hat goldenen Boden. Sie bringt jungen Menschen eine unverzichtbare Qualifikation für die eigene Zukunft und öffnet ihnen die Tür für eine wirtschaftlich abgesicherte und damit selbstbestimmte Zukunft. Des Weiteren wird die Lehre dauerhaft angepasst, die Berufsbilder befinden sich aufgrund der Weiterentwicklung der Wirtschaft am Stand der aktuellen Technik und die Weiterbildungsmöglichkeit wurden und werden laufend ausgeweitet.

Jugendliche mit Migrationshintergrund scheiden aus dem Bildungswesen früher aus als Kinder ohne Migrationshintergrund. Die 1. Schulstufe besuchten It. Lehrlingsbericht des IBW im Jahr 2018/19 rund 20 Prozent der Kinder, die über keine österreichische Staatsbürgerschaft verfügten. Betrachtet man die Umgangssprache, so lag der Anteil der Kinder mit nicht-deutscher Umgangssprache bei rund 30 Prozent.1 Bei Betrachtung der Schulstatistik zeigt sich auch, dass ein großer Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bereits vor dem Erreichen der 9. Schulstufe die neunjährige Schulpflicht erreichen und daher oftmals die für die Berufsorientierung wichtige Polytechnische Schule nicht besuchen.2 Insgesamt lag der Anteil an Lehrlingen ohne österreichische Staatsbürgerschaft Ende 2019 in der Steiermark bei 10,5 Prozent3, jener mit nicht-deutscher Umgangssprache bei 11,7 Prozent4. Besonders gefragt war bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund jedoch der Besuch einer Kaufmännischen mittleren Schule (64,04 Prozent mit nicht-deutscher Umgangssprache) und der Besuch einer Handelsakademie (37,2 Prozent)5

¹ Vgl. *Dornmayr/Novak*, Lehrlingsausbildung im Überblick 2020, ibw-Forschungsbericht Nr. 203 (2020) 54.

² Vgl. *Dornmayr/Novak*, Lehrlingsausbildung im Überblick 2020, 63.

³ Vgl. *Dornmayr/Novak*, Lehrlingsausbildung im Überblick 2020, 61.

⁴ Vgl. *Dornmayr/Novak*, Lehrlingsausbildung im Überblick 2020, 60.

⁵ Vgl. *Dornmayr/Novak*, Lehrlingsausbildung im Überblick 2020, 59

In einem 2016 von Skrivanek veröffentlichten Beitrag wurde festgehalten, dass Eltern mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung einen größeren Wunsch hegen, dass ihre Kinder einen Hochschulabschluss anstreben.6 Als möglicher Faktor für die Unterrepräsentierung von Kindern mit Migrationshintergrund wurde die Kombination aus schlechteren schulischen Voraussetzungen, der geringe Informa-tionsstand sowie das allgemeine Image und die damit verbundenen (vermeintlich als schlechter empfundenen) Weiterqualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten ins Treffen geführt.7

Besonders die städtische Wirtschaft steht im Bereich des Fachkräftemangels vor großen Herausforderungen. So standen im November 2021 um 51,1 Prozent mehr offene Lehrstellen im Raum Graz sofort zur Verfügung als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. In Kombination mit nicht sofort verfügbaren Lehrstellen waren im November 2021 620 Lehrstellen verfügbar.8 Zugleich sank die Zahl der Lehrstellensuchenden um 7,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 340 potenzielle Lehrlinge.9 Bedenkt man, dass nicht jede offene Lehrstelle beim AMS gemeldet wird, so stellt sich der Lehrlingsmangel noch drastischer dar.

Als im Jahr 2012 das Projekt 'I-Connect' ins Leben gerufen wurde, lag das Ziel der Maßnahme darauf, Bildungsbenachteiligung abzubauen und Zugänge zu schaffen, um die Bildungsbeteiligung bei Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Über Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft erhielten schwer zu erreichende sowie bildungsfernere Gruppen einen leichteren Zugang zu Informationen über das österreichische Bildungsangebot.

Aktuell sind noch vier BIKOs als geringfügig Beschäftigte im Integrationsreferat tätig und unterstützen im ABI-Service vor Ort. Sie sind die Info-Drehscheibe zu den Angeboten des ABI und des IBOBB-Café und leisten einen wichtigen Beitrag, um über die unterschiedlichen Themen wie Schulbesuch, Kinderbildungsangebote oder Kinderbetreuungsmöglichkeiten zu informieren. Diese BIKOs sind eine wesentliche Stütze des Integrationsreferates, wenn es um den niederschwelligen Zugang zur Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten geht.

Wie zuvor ausgeführt, ist die Lehre bei Menschen mit Migrationshintergrund zuweilen weniger hoch angesehen und zu Teilen mit Vorurteilen behaftet. Diese Vorurteile können durch BIKOs abgebaut werden. Sie überwinden sprachliche sowie kulturelle Barrieren und haben damit einen leichteren Zugang in die Communities der Migrantinnen und Migranten. Sie wissen über die Möglichkeiten der Ausbildung und stehen, zumeist durch ihren eigenen Werdegang, authentisch für die Chancen, welche den Kindern und Jugendlichen dadurch geboten wird.

Durch den engen Kontakt mit den Eltern und Jugendlichen kann ein klares Bild vermittelt werden und die Motivation zur Aufnahme einer Lehre (in einem der rund 200 Lehrberufe) steigt. Bildung und besonders die berufliche Ausbildung ist zudem ein massiver Booster für Integrationsbemühungen und hilft dabei, dass Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut werden können.

_

⁶ Vgl. *Skrivanek*, Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Lehre – Ursachen der Unterrepräsentation und Handlungsansätze, in Schellenbacher/Dahlvik/Fassmann/Reinprecht (Hg.), Migration und Integration – wissenschaftliche Perspektiven aus Österreich (3/2016) 58.

⁷ Vgl. *Skrivanek*, Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Lehre – Ursachen der Unterrepräsentation und Handlungsansätze, 58.

⁸ Arbeitsmarktdaten online, Offene Lehrstellen nach Arbeitsmarktbezirken - Region Steiermark - Bestand offener Lehrstellen zum Stichtag - 11/2021, AMS (2021).

⁹ Arbeitsmarktdaten online, Lehrstellensuchende nach Arbeitsmarktbezirken – Region Steiermark - Bestand sofort verfügbarer Lehrstellensuchender ohne Einstellzusage zum Stichtag - 11/2021, AMS (2021)

Zugleich soll das Tätigkeitsspektrum der BIKOs erweitert werden, um das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten in die Verwaltung zu stärken und einen niederschwelligen Zugang zu den Angeboten der Stadt Graz sowie der ehrenamtlichen Vereine zu schaffen. Information durch Menschen mit Migrationshintergrund für Menschen mit Migrationshintergrund überwindet sprachliche sowie kulturelle Barrieren einfacher und trägt zum einfacheren Gelingen integrativer Prozesse bei.

In Zukunft sollte deshalb der Aufgabenbereich der BIKOs, neben der Information über das Grazer Bildungsangebot, die Bereiche Sport, Gesundheit, Pädagogik und Soziales umfassen.

Daher stelle ich im Namen des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

Antrag:

Die erfolgreiche Geschichte der BIKOs muss weitergeführt werden. Deshalb wird Mag. Robert Krotzer als zuständiges Mitglied des Stadtsenates ersucht, den Ausbau der interkulturellen BIKOS zu forcieren und ihr Tätigkeitsspektrum zu erweitern. Durch die Stadt müssen Personen mit qualifizierter Erfahrung im Bereich der Bildung (mit besonderem Schwerpunkt im Bereich der Lehre), des Sports, der Gesundheit, der Pädagogik und des Sozialwesens gewonnen werden, um das Wissen über die zahlreichen positiven Aspekte und der damit einhergehenden Möglichkeiten

- der österreichischen Ausbildungslandschaft,
- der dualen Ausbildung,
- des städtischen Verwaltungsangebotes sowie
- der ehrenamtlichen Grazer Vereine

in die migrantischen Communities zu tragen.



GR Sissi POTZINGER

16.12.2021

ANTRAG

Betr.: Fehlende Straßenbeleuchtung Hohenrainstraße und Messendorfberg

Bereits vor zwei Jahren stellte GR Mag. Gerhard Spath namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den Antrag, die Errichtung einer Straßenbeleuchtung im Bereich Holding-Linien-Endhaltestelle "Petri Au" bis Hohenrainstraße ON 136 (auf ca. 500 m Länge) zu prüfen und zu errichten. Die mangelnde Sicherheit für Fußgänger am Messendorfberg habe ich in den letzten Jahren schon mehrfach per Antrag und in persönlichen Gesprächen thematisiert.

Die damals ressortverantwortliche Stadtsenatsreferentin Elke Kahr hat bedauerlicherweise keine adäquaten Maßnahmen veranlasst, um die Sicherheit für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind, zu verbessern.

Die Benutzung der Hohenrainstraße als Lauf- und Spazierweg hat in den letzten 10 Jahren stark zugenommen. Das angrenzende Naherholungsgebiet der Stadt Graz, Schloss Lustbühel, ist Anziehungspunkt für Eltern mit Kindern, für Läufer, Walker und Spaziergänger.

Inzwischen wurden am Kreuzungspunkt Petri Au mehrere Wohneinheiten errichtet, im oberen Teil der Hohenrainstraße sind weitere im Entstehen. Somit nimmt die Bewohneranzahl in diesem Bereich stetig zu. Darüber hinaus nutzen Anrainer dieses unbeleuchtete Straßenstück als Fußweg, um zur Endhaltestelle der Linie 69 "Petri Au" zu gelangen. Im Finstern diesen Streckenabschnitt zu begehen, ist niemandem zumutbar.

Die Anrainer am Messendorfberg leiden unter der zunehmenden Verkehrsbelastung und sind sehr besorgt um die Sicherheit ihrer Kinder, deren Schulweg ein unbeleuchteter Straßenrand ist.

Die fehlende Beleuchtung stößt bei der Bevölkerung zunehmend auf Unverständnis!

Namens des ÖVP–Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

ANTRAG:

Die Errichtung einer Straßenbeleuchtung in der Hohenrainstraße zwischen der Holding-Linien-Haltestelle "Petri Au" und Hohenrainstraße ON 136 sowie am Messendorfberg, insbesondere im Umfeld der Einmündung des Arnikaweges, soll umgehend realisiert werden.



Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **16. Dezember 2021** von Klubobmann Mag. Alexis Pascuttini

An den Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

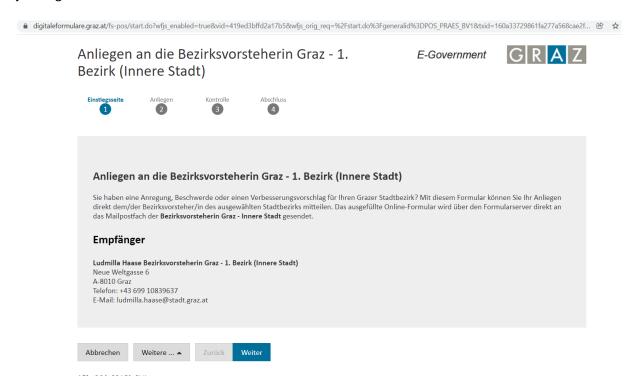
Graz, am 16. Dezember 2021

Betreff:

Bezirksrat NEU: Onlineportal reformieren und Zustellung von Antworten der Ämter auf eingebrachte Bezirksratsanträge an alle Bezirksratsfraktionen sicherstellen Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Seit der letzten Periode besteht die Möglichkeit, online **Anliegen an die Bezirksvorsteher** der jeweiligen Bezirke einzureichen.



Beispiel: Portal, über welches ein Anliegen an die Bezirksvorsteherin der Innern Stadt eingereicht werden kann.

Die Möglichkeit, online und unkompliziert Anliegen direkt an die gewählten Bezirksvertreter einzureichen, ist begrüßenswert und wird von der Bevölkerung auch angenommen. Leider werden die, über dieses Portal eingereichten Anliegen nur dem jeweiligen Bezirksvorsteher, und nicht auch dessen Stellvertreter, übermittelt. Einfache Bezirksräte bekommen diese Anliegen überhaupt nicht. Dies führt zu einer erheblichen Informationsassymetrie, die sich auch darin widerspiegelt, dass bei Anträgen die im Bezirksrat beschlossen werden, auch wieder nur der Bezirksvorsteher die Antworten der Ämter zugestellt bekommt. Bezirksvorsteher-Stv. und Bezirksräte sind somit vom "Good will" der jeweiligen Bezirksvorsteher abhängig, ob sie eine Antwort erhalten oder eben nicht.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständige Stelle im Magistrat der Stadt Graz möge prüfen, ob in Zukunft allen im Bezirksrat vertretenen Fraktionen jene Anliegen der Bevölkerung, die über dieses Onlineportal eingebracht werden, auch zugestellt werden können. Sowie zukünftig allen im Bezirksrat vertretenen Fraktionen die von den Ämtern der Stadt Graz verfassten Beantwortungen von Anträgen zugestellt werden, und nicht nur dem jeweiligen Bezirksvorsteher.



Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **16. Dezember 2021** von Klubobmann Mag. Alexis Pascuttini

An den Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 16. Dezember 2021

Betreff: Sanierung Gehweg Anton-Kleinoscheg-Straße

Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Der Gehweg entlang der **Anton-Kleinoscheg-Straße** (auf Höhe städtischer Kindergarten) ist schon seit Jahren in einem äußerst desolaten Zustand. Bereits vor 5 (!) Jahren gab es erste Überlegungen zur Sanierung, jedoch wurde diese Sanierung dann abgeblasen, weil ein Verlust von Parkplätzen drohte. Die Gehwegsituation hat sich in den letzten Jahren natürlich weiter massiv verschlechtert, dies zum einen durch die Witterung, zum anderen auch durch die Wurzeln der Kastanienbäume, die mehr und mehr den Gehweg "aufbrechen". Durch die dadurch entstandenen Unebenheiten ist der Gehweg bei Regen/Schneefall/Nässe beinahe unpassierbar. Für Menschen in Rollstühlen oder Kinderwägen ist dieser Gehweg nur unter großen Mühen nutzbar.

Es braucht eine umfassende Sanierung dieses Gehweges, damit dieser Gehweg auch von Menschen in Rollstühlen oder Familien mit Kinderwägen benutzt werden kann und auch bei jeder Witterung benutzbar ist.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Sanierung des Gehsteiges in der Anton-Kleinoscheg-Straße (Höhe Kindergarten Anton-Kleinoscheg-Straße) erfolgen kann.



Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **16. Dezember 2021** von Klubobmann Mag. Alexis Pascuttini

An den Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Graz, am 16. Dezember 2021

Betreff: Verkehrsgipfel 2022 unter Einbeziehung von Bund & Land zur Entwicklung einer

vernünftigen Verkehrspolitik

Antrag

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Graz ist in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsen und auch die Verkehrsprobleme sind immer gravierender geworden. Und auch im relativ dürftig ausgefallenen, nur 17 Seite starken Regierungsprogramm der "neuen" Stadtregierung ist **keine Kehrtwende** hin zu einer vernünftigen Verkehrspolitik zu erkennen - das Wort **Verkehr** findet sich im gesamten Programm insgesamt nur 9 Mal:

- 1. Verkehrslawine zu stoppen
- 2. weniger Autoverkehr
- 3. Ausbau des öffentlichen **Verkehrs** und des Radwegenetzes
- 4. Die V**erkehrswende** im Sinne des Klimaschutzes und der Lebensqualität einer Stadt bedeutet für uns den Vorrang für Fußgänger:innen vor Radfahrer:innen, vor dem Öffentlichen **Verkehr**, vor dem Auto**verkehr**
- 5. Masterplan Rad**verkehrs**wende
- 6. **Verkehrs**beruhigung durch Superblocks
- 7. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden **Verkehrs**beruhigung vor Schulen, Kindergärten und Senior:inneneinrichtungen

(Auszug aus dem Regierungsprogramm)

Neben hohlen **Schlagwörtern** und **Worthülsen** finden sich im Hinblick auf die Verkehrspolitik auch linken Utopien, die **für den Wirtschaftsstandort Graz brandgefährlich** sind: Eine Sperrzone für Autofahrer in der gesamten Innenstadt – wie derzeit im Regierungsprogramm vorgesehen – wäre gerade nach den letzten Monaten eines immer wiederkehrenden Lockdowns wirtschaftspolitisch verheerend. Ein derartiges, rein ideologisch motiviertes Autofahrerbashing ist mit Sicherheit der falsche Weg.

Es braucht daher im nächsten Jahr einen Verkehrsgipfel unter Einbeziehung von Verkehrsministerin Leonore Gewessler und Verkehrslandesrat Anton Lang sowie allen im Rathaus vertretenen Fraktionen und Interessensvertretern aus Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft und Industrie. Vor allem soll es auch um finanziellen Zuwendungen von Bund und Land gehen und die Konkretisierung von verkehrspolitisch sinnvollen Projekten ohne massiven ideologischen Einschlag.

Es gibt eine Reihe an Projekten für die Stadt Graz die Unterstützung des Bundes benötigen wird. Hier ist die Umsetzung des S-Bahn-Knotens in Gösting zu nennen oder aber die Überlegung der Realisierung eines S-Bahn-Rings. Die bereits erfolgten parlamentarischen Anfragen der FPÖ zu diesen Themen wurden von Bundesministerin Gewessler bisher leider nur mit unkonkreten Stehsätzen

beantwortet. Infolge der neuen Stadtkoalition ist die Mini-Metro bekanntlich als Projektidee gänzlich vom Tisch, weswegen es nun einen völlig neuen perspektivisch ausgerichteten Diskussionsprozess braucht. Die tägliche Stausituation und die teils nicht optimale Öffi-Anbindung muss politisch weit oben auf die Agenda gesetzt werden. Ohne Gelder von Bundes- und Landesregierung wird es aber nicht gehen.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob für das nächste Jahr ein Verkehrsgipfel unter Einbeziehung von Verkehrsministerin Leonore Gewessler und Verkehrslandesrat Anton Lang sowie allen im Rathaus vertretenen Fraktionen und Interessensvertretern aus Wirtschaft, Arbeitnehmerschaft und Industrie abgehalten werden kann. Dieser Verkehrsgipfel soll der Startschuss für die Entwicklung einer vernünftigen Verkehrspolitik für Graz sein, da sich das bis dato vorgelegte Regierungsprogramm in der Sparte Verkehr leider als sehr dürftig erweist und wesentliche Bauteile einer vernünftigen Verkehrspolitik gänzlich fehlen – wie zum Beispiel die Integration der S-Bahn in das städtische öffentliche Verkehrsnetz.